

abends

Sächsische Volkszeitung

Geschäftsstelle und Redaktion,
Dresden, N. 16, Holbeinstraße 41

Telefon 21366
Postfachkonto Leipzig Nr. 14797

Bezugspreis:
Abgabe A mit Mult. Beilage monatlich
2,50 M. In Dresden und ganz Sachsen
1,50 M. In Ostpreußen 2,00 M. in Ostpreußen
1,50 M.
Abgabe B monatlich 2,50 M. In
Dresden und ganz Sachsen 1,50 M. In
Ostpreußen 2,00 M.
Abgabe C monatlich 1,50 M.
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen
Wochentagen nachmittags.

Anzeigen:
Annahme von Geschäftsangeboten bis 10 Uhr
von Familienangeboten bis 11 Uhr vorm.
Preis für die Zeitungsstelle 25 J. im Voraus,
meist 10 J. Familien-Anzeigen 20 J.
Für unbeschriftete, sowie durch Ver-
wechslung ausgegebene Anzeigen können wir die
Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes
nicht übernehmen.
Sprechstunde der Redaktion:
11-12 Uhr vorm.

Einzige katholische Tageszeitung in Sachsen.

Organ der Zentrumspartei.

Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und relig. Wochenbeilage Feierabend. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.

Pariser Beratungen.

In der Hoffnung, daß unsere Feinde bereit sein würden, einen Frieden der Verständigung zu schließen und auf der Grundlage des Wilsonschen Friedensprogramms zustande kommen sollte, hat die Regierung des Prinzen Max von Baden im ersten Novemberdrittel des vorigen Jahres unsere Waffenstillstandskommission in den Wald von Compiègne entsandt. Der Waffenstillstandsvertrag wurde unterzeichnet, als über Deutschland bereits die Wogen der Revolution zusammenzuschlagen waren. Der Vertrag war hart und grausam, grausamer und härter aber war seine Durchführung. Nie hat ein großes und starkes Volk einen Zusammenbruch erlebt, eine Niederlage erlitten, wie das deutsche, nie aber haben siegreiche Feinde auch so im Gefühl ihrer Macht und Ueberlegenheit geschwelgt, wie unsere Feinde; nie ist einem großen Volk vom siegreichen Gegner mit solcher Nichtachtung, ja Verachtung begegnet worden, wie dem deutschen. Bis zuletzt haben sich unsere Feinde vor dem sieggewohnten deutschen Volk gefürchtet und es hat lange gedauert, ehe sie zu glauben wagten, daß die innere Zersplitterung und der Zusammenbruch des deutschen Volkes wirklich so groß waren, daß sie ungestraft ihren Haß an uns auslassen konnten. Je ohnmächtiger das deutsche Volk wurde, um so mehr trumpten unsere Feinde auf und je tiefer unser Fall wurde, um so übermütiger zeigten sich uns unsere Gegner. Pflöge konst der Abschluß eines Waffenstillstandes der Beginn der Ernüchterung und der Versöhnung der sich bekämpfenden Völker zu sein, so scheint das Geschick, das über Deutschland und seinen Gegnern waltet, den entgegengesetzten Verlauf nehmen zu wollen. Als das deutsche Volk in tiefer Entmutigung und Verbitterung die Waffe aus der Hand legte und die und die Gegner um Frieden bat, da war in ihm nur ein Gefühl und ein Wille, möglichst bald wieder zu friedfertiger Arbeit zurückzukehren und in fördernder Gemeinschaft ohne Haß und Söder über Vergangenes mit allen Völkern in Eintracht zu leben. Das deutsche Volk sehnte sich nach Frieden und wenn es Haß im Herzen trug, so war es kein Haß gegen die siegreichen Feinde, sondern gegen sich selbst. Es wollte Frieden haben und Freiheit und Brot und dachte nicht daran, daß die siegreichen Gegner von anderen Gefühlen und anderen Wünschen befeelt sein könnten. Aber Woche um Woche und Monat um Monat vergingen, ohne daß wir dem Frieden auch nur einen Schritt näher kamen, ohne daß wir ein Stück Brot zur Stillung unseres Hungers erhielten und ohne daß wir die Möglichkeit gehabt hätten, wahre Freiheit im Innern zu gewinnen. Wo Hunger herrscht, pflögen die Ideale der Freiheit und Gerechtigkeit nur auf Irwege zu führen. Weil ihm der Frieden vorenthalten wurde, ist Deutschland tiefer und tiefer gesunken und wer will seine Zukunft schildern, wenn ihm noch länger die unerträgliche Ungewißheit des Zustandes zwischen Krieg und Frieden aufgezwungen wird! Jetzt haben sich die Feinde in Paris zusammengesetzt und beraten über den Frieden, den sie Deutschland auferlegen wollen. Kein Vertreter Deutschlands und seiner ehemaligen Verbündeten wird zugezogen; man will über das Schicksal des deutschen 70-Millionenvolkes beschließen, ohne daß man seine Stimme hört und seine Forderungen entgegennimmt. Man berät und beschließt und läßt Deutschland weiter hungern; man besteht mit äußerster Rücksichtslosigkeit auf der Erfüllung unerfüllbarer Bedingungen und denkt nicht daran, auch das Los der 800 000 deutschen Kriegsgefangenen zu erleichtern, 800 000 deutschen Müttern und Frauen ihre Söhne und Männer, die Ernährer ihrer Kinder wiederzugeben. Wer kann denn noch glauben, daß aus solcher Gesinnung, aus solchen Verhandlungen ein Frieden der Verständigung und Versöhnung der Völker hervorgehen kann? Bei Gott, die furchtbare Gefahr besteht, daß in Paris nicht der Weltfrieden, sondern die Weltrevolution geboren wird. Dann aber war dieser Weltkrieg nicht das Ende menschlicher Verirrungen, sondern nur der furchtbare Anfang eines unermesslichen allgemeinen Sommers, einer unermesslichen, allgemeinen Weltverwüstung.

Die Sozialisierung des Bergbaues.

Zur Sozialisierung der Bergbaubetriebe wird uns aus Essen geschrieben: Die Frage der Sozialisierung des Bergbaues beschäftigt die Öffentlichkeit aus ganz natürlichen Gründen außerordentlich; denn die Verstaatlichung der Kohlenindustrien in Verbindung mit der Vertierung des Verkehrs auf der Eisenbahn birgt die große Gefahr in sich, daß die Fertigungsindustrie, besonders die Industrien, welche für den Export arbeiten, in ihrer Konkurrenzfähigkeit schwer behät-

tert werden. Die Lage hier im rheinisch-westfälischen Industriegebiet läßt sich, soweit die Bergarbeiter selbst in Frage kommen, wie folgt skizzieren: Grundtätliche Gegner der Sozialisierung des Bergbaues sind die Bergarbeiter nur zum geringen Teil. Die Mehrheit, auch die gewerkschaftlichen Organisationen, betrachten die Sozialisierung als eine Frage der Zweckmäßigkeit, nicht des Prinzips. Ueber die Form der Sozialisierung besteht noch keine einheitliche Auffassung, — ob sie erfolgen soll durch vollständige Verstaatlichung oder Vergesellschaftung des Bergbaues und seiner Nebenbetriebe oder durch eine zweckmäßige Kontrolle des Staates in Verbindung mit den organisierten Arbeitern in bezug auf die Höhe der Gewinne, Festsetzung der Löhne usw. Die treibenden Kräfte für die Sozialisierung hier im Industriegebiet sind nicht die Gewerkschaften, sondern die radikal-sozialistischen Gruppen. Deshalb kann die jüngste Streikbewegung auch nicht als eine wirtschaftliche Lohnbewegung angesehen werden; sie hat vielmehr den Charakter

Parteiherrschaft oder Volksregierung in Sachsen?

Das ist die große Frage, die am 2. Februar entschieden wird. Keine sozialdemokratische Parteiherrschaft, sondern eine Volksregierung.

Wer gegen die herrschende Klassen- und Parteiherrschaft ist

Wer gegen ihre undemokratische Regiererei ist

Wer gegen die Kulturkämperei der Herrschenden ist

Wer gegen das täglich ärger werdende wirtschaftliche Chaos ist

Der wählt nicht sozialdemokratisch.

Wer für den Ausbau eines wirklich demokratischen Volksstaates ist

Wer für die Bekämpfung des Materialismus und Mammonismus unserer Tage ist

Wer für die Androhung des Wuchers in allen seinen Formen ist

Wer für die denkbar schärfste Erfassung der Kriegsgewinne ist

Wer für Ordnung in der Freiheit ist

Wer für die Pflege der idealen Werte unseres Volkes ist

Wer für Völkerecht und Völkerbund und den baldigen Abschluß des Völkerfriedens ist —

Der gibt seine Stimme der Christlichen Volkspartei, dem Zentrum.

des politischen Streiks. In der Demonstrationsversammlung der streikenden Bergleute im Saalbau in Essen kam dies bei verschiedenen Rednern stark zum Ausdruck. Man warf der Regierung Ebert-Scheidemann vor, daß sie zwar seit 50 Jahren den Arbeitern in Aussicht gestellt habe, nicht aber die Sozialisierung der Betriebe. Die sozialistische Arbeiterbewegung habe das Recht, daß die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und des Grundes und Bodens, die man seit 50 Jahren den Arbeitern in Aussicht gestellt habe, nunmehr auch schnell durchgeführt werde. Die Gewerkschaften enthalten sich solcher radikaler Äußerungen, scheinen aber dem Radikalismus ziemlich ohnmächtig gegenüber zu stehen. Es treten jetzt im Industriegebiet folgende politischen Arbeiterverbände auf: die kommunistischen Arbeiterverbände, die Arbeiterverbände der unabhängigen Sozialdemokraten und die Syndikalistischen. Ein organisatorisches Gefüge haben diese Gruppen nicht. Sie treten meistens hervor durch einige radikale Sprecher und stützen sich vielfach auf die Arbeiter- und Soldatenräte. In gewerkschaftlichen Kreisen erkennt man die Schwierigkeit der Sozialisierung vollständig an. Man will diese Frage nicht überstürzt gelöst haben, verlangt deshalb vorerst ordnungsmäßige Arbeit und Aufrechterhaltung der Betriebe, sowie Einsetzung von Sachkommissionen, die die Sozialisierung vorbereiten. Die in Essen zusammengesetzte Sozialisierungskommission, zu der auch die Gewerkschaftsführer eingeladen waren, wird nicht für zuständig gehalten, weil sie ein Gemisch von politischen Par-

teien und von Arbeiter- und Soldatenräten darstellt, innerhalb deren die Gewerkschaftsvertreter entsprechend der Bedeutung ihrer Organisation nicht zur Geltung kommen. Die Gewerkschaften halten noch wie vor die organisierten Arbeiter und Arbeitgeber und die zwischen ihnen errichtete Arbeitsgemeinschaft für die einzig zuständige Stelle, die Sozialisierungsfrage zu bearbeiten. Gegenwärtig finden im Rat der Volksbeauftragten Beratungen mit einer Deputation der Essener Sozialisierungskommission statt, um ein Preisverbot für die Sozialisierung zu schaffen, welches wohl darin bestehen wird, daß eine Reichskontrolle für den Vertrieb eingeführt wird.

Wahlen zur Nationalversammlung.

Endgültiges Wahlergebnis für Ostachsen (Dresden)

Liste Dr. Gradnauer (Soz.)	465 550 St. = 7 Sitze
„ Reichsliste (Demokr. Partei)	168 028 „ = 2 „
„ Dr. Kölsch (Deutschnat. Sp.)	120 544 „ = 2 „
„ Dr. Feinze (Deutsche Volksp.)	96 869 „ = 1 „
„ Fleißner (Unabh. Soz.)	46 722 „ = 0 „
„ Burlage (Zentrum)	16 400 „ = 0 „

Das Endergebnis im Reich.
Berlin, 22. Januar. (Nichtamtlich.) Das Endergebnis aus den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung nach nichtamtlichen Meldungen stellt sich folgendermaßen: In den 37 Wahlkreisen mit 421 Abgeordneten haben erhalten:

Deutschnationale Volkspartei	34
Zentrum	88
Deutsche Volkspartei	23
Deutsche Demokratische Partei	77
Sozialdemokratische Partei	164
Unabhängige sozialdemokratische Partei	24

Ferner sind 11 Fraktionslose gewählt, die sich zusammenschließen aus:
4 Welfen (3 in Hannover, 1 in Stade),
1 Bauern- und Landarbeiter-Demokrat in Schleswig-Vollstein,
4 bairischen Bauernbündlern,
2 Vertretern des württembergischen Bauern- und Völkerbundes.

Köln, 21. Januar. In Aachen wurden abgegeben für das Zentrum 43 680, Sozialdemokraten 13 131, Deutsche Demokraten 7261, Deutsche Volksp. 4058, Deutschnat. Volksp. 1529, Unabhängige 636 Stimmen.

Die Nationalversammlung in Weimar.

Die Nationalversammlung wird in dem neuen Theater Weimars tagen, das auf dem Platz des alten Theaters aus der klassischen Zeit errichtet ist. Der zweite Rang und vielleicht auch Teile des ersten Ranges sollen für die Presse hergerichtet werden. Die Regierung ist der Ansicht, daß die ständige Anwesenheit verschiedener Reichsminister in Weimar nicht nötig sein werde, da sich die Hauptarbeit der Nationalversammlung alsbald in den Kommissionen vollziehen werde. Um den Verkehr zwischen Berlin und Weimar zu erleichtern, soll täglich ein Schnellzug im Tempo normaler Zeiten zwischen den beiden Städten verkehren, der morgens zwischen 7 und 8 Uhr von Berlin und nachmittags zwischen 6 und 7 Uhr von Weimar abgehen wird. Große Schwierigkeiten wird die Unterkunft der durch die Nationalversammlung geluderten Personen in Weimar verursachen, deren Zahl man in Regierungskreisen auf rund 1500 schätzt. Ein großer Teil von ihnen wird in Weimar keine Wohnung finden; deshalb soll ein besonderer Bahn- und Motornwagen sehr nach Erfurt, Jena und Apolda eingerichtet werden, um den Personen, die in diesen Orten Wohnung nehmen müssen, die Durchführung ihrer Arbeit in Weimar zu ermöglichen.

Eine ernste Mahnung des General Groener.

Der Rücktritt des Generals Groener von seinem Posten als Leiter des Kriegsamt ist seinerzeit durch eine Denkschrift veranlaßt worden, die Groeners Adjutant Mertton zum Verfasser hatte und von Groener selbst mit einem Vorwort, in dem er seine Solidarität mit den Darlegungen Merttons erklärte, am 25. Juli 1917 dem Reichskanzler übergeben worden war. Mertton hat diese Denkschrift jetzt der Öffentlichkeit übergeben. Sie stellt zunächst fest, daß bei den ungeheuren Leistungen der deutschen Industrie nur selten Opfergaben, Vaterlandsliebe oder andere ethische Motive mitgeteilt haben, sondern daß bei dem Schöpfensdrang, der sich gezeigt hat, fast ausschließlich der

Verdienststreit der Grund aller Erfolge gewesen sei. In dessen hätte es der Status als fast einziger Käufer verfaßt sich gegen Ausübung zu schützen. Je länger nun der Krieg dauerte, um so deutlicher habe sich die demoralisierende Wirkung auf die Arbeiterschaft gezeigt.

Die Gefahr in der Entwicklung der Arbeiterlohnverhältnisse sei nicht mehr zu übersehen. „Die Arbeiter wissen, daß ihre Macht unendlich gewachsen ist, und die Unternehmer, besonders die kurzschäftigeren und diejenigen, die nur als Kriegsindustrielle zu betrachten sind, und denen an der zukünftigen Entwicklung der Friedenswirtschaft nichts gelegen ist — und beide zusammen sind die Mehrzahl — können sich zum großen Teil gegen die steigenden Lohnforderungen nur dadurch schützen, daß sie ihrerseits die Preise ihrer Produktion beliebig erhöhen und dem Staat, der schließlich der Abnehmer, bleibt unter den gegenwärtigen Verhältnissen nichts anderes übrig, als jeden Preis zu bewilligen, der von ihm gefordert wird. In einschüchternden Kreisen der Industrie herrscht schon lange kein Zweifel mehr darüber, daß die gegenwärtigen Zustände vom Standpunkte der Industrie selbst trotz der scheinbar außerordentlichen Gewinne, die gemacht werden, je länger sie andauern, desto unerwünschter sind; desgleichen ist bei einschüchternden Arbeiterführern auch schon die Erkenntnis vorhanden, daß die Lohnentwicklung durchaus ungesund und den eigentlichen Interessen der Arbeiterschaft auf die Dauer sehr schädlich ist. Was dann zunächst die abnormen Zustände im Lieferungsweesen betrifft, so liegt die Wurzel dieses Übels bei den Rohstoffen und Grundprodukten, Kohle, Eisen, Stahl, die ja einen entsprechenden Einfluß auf die Preisbildung fast aller Fertigprodukte, die die Geeresverwaltung kaufen muß, haben. Gerade Kohle, Eisen und Stahl sind aber bisher in viel leichterem Maßstabe und überhaupt erst viel zu spät von der staatlichen Bewirtschaftung betroffen worden und dann auch nie mit derselben Energie angefaßt worden wie andere weniger wichtige Rohstoffe oder gar Fertigfabrikate. Es ist dies allerdings nicht verwunderlich, wenn man die wirtschaftliche Stärke und allgemein bekannte Rücksichtslosigkeit der Schwerindustrie sich vergegenwärtigt.“

Wegen die Hauptübel müsse, so sagt die Schrift weiter, auf gesetzlichem Wege vorgegangen werden und durch gesetzgeberische Maßnahmen der Rücksichtslosen Konjunkturausnutzung von Arbeitern und Arbeitnehmern ein Ende bereitet werden. Sie würden aber, solange das Grundübel, der Krieg, andauere, nicht unbedingt möglich sein, in dessen Schienen folgende Vorschläge beachtenswert: 1. Revision der bestehenden Lieferungsverträge. 2. Stärkere Heraussetzung der Kriegsgewinnsteuer, so daß Kriegsgewinne tatsächlich nicht mehr gemacht werden können. 3. Schaffung eines Gesetzes in der Art des englischen Munitionsgesetzes, durch das der Reichskanzler ermächtigt wird, industrielle Unternehmungen jeder Art unter Zwangsverwaltung zu stellen und für derartige Unternehmungen, je nach den Verhältnissen, Arbeitslöhne und Unternehmergewinn festzusetzen.

Es heißt dann noch weiter: „Eine harte Heraussetzung der Kriegsgewinnsteuer durch Schaffung eines neuen vielleicht nach etwa englischen Gesichtspunkten organisierten Kriegsgewinnsteuergesetzes erscheint in jedem Fall notwendig, verspricht aber allein auch keine Erfolge in der erwünschten Richtung; denn die Kriegsgewinnsteuer macht sich erst post festum bei einem Unternehmen fühlbar, und abgesehen davon läßt sich eine Beeinflussung der Arbeiterschaft auf diesem Wege auch darum schwer erreichen, weil es sich eben um eine Besteuerung des Gewinnes handelt, während die Unkosten, in denen die Löhne enthalten sind, von dem Gesetz nicht erfaßt werden.“

Deutsches Reich

Die Wahl einer provisorischen Regierung.

Berlin, 21. Januar. Wie verlautet, wird die erste Sitzung der auf den 6. Februar nach Weimar einberufenen

Drei graue Reiter.

Ein Roman in Fehlpfostbriefen von Anny Wotho-Mahn. Amerikanisches Copyright 1917 by Anny Wotho-Mahn, Leipzig Nachdruck verboten.

(24. Fortsetzung.)

Da ging Ilse still hinaus, und Vater sagte zu mir: „Behalte du nun wenigstens deinen Verstand, Kleine. Hier sind sie ja alle total verdreht.“

Als ich in Ilse's Zimmer trat, las sie einen Brief, der soeben gekommen war, und ich sah, daß große Tränen aus ihren Augen auf das Blatt fielen.

„Was fehlt dir, Ilse?“ fragte ich sie erschreckt und legte meine Arme um sie. Sie entzog sich mir aber und sagte mit einem seltsamen Blick:

„Rüderich schreibt mir, daß er mir Rudi nicht mit nach Schloß Pflessenstein geben will.“

Ich war starr. Nett finde ich das ja nun gerade nicht von Ihnen, wo Sie es mir doch auch versprochen haben. Aber das Ilse darum weinte, war mir so ungewohnt, daß ich gar nicht darüber hinwegkam.

Wer weiß, was Sie ihr sonst noch Schlimmes geschrieben haben — sie wollte ja den Brief nicht zeigen — jedenfalls hat sie um Ihren Brief geweint, und ich war ganz böse auf Sie.

Warum kränken Sie denn Ilse? Gerade jetzt, wo sie doch anfing, etwas vernünftiger zu werden!

Mir machte es nun gar keine Freude, mit Tante Katinka nach Rosenhagen zu fahren. Aber nachher war ich doch entzückt von diesem Idyll mit Wöbke und dem prächtigen kleinen Rudi.

Wir haben uns gleich mächtig angefreundet. Er nennt mich „Tante Ulentute“. Wir haben Soldat gespielt, und

Rationalversammlung die Wahl einer provisorischen Regierung sein. Hat diese ihr Amt angetreten, dann wird die Rationalversammlung in die Behandlung der Verfassungsurkunde eintreten, die voraussichtlich nicht von der Regierung eingebracht, sondern als ein Vorschlag des Reichsamtes des Inneren der Versammlung als Grundlage ihrer Beratungen zugehen wird.

Die Arbeitsdauer der Rationalversammlung in Weimar wird auf etwa zwei Monate angenommen. Die preussische Rationalversammlung wird voraussichtlich erst dann zusammentreten, wenn die Rationalversammlung in Weimar ihre Arbeiten geschlossen haben wird.

Generalstreik in Braunschweig!

Braunschweig, 21. Januar. Aus Anlaß des Generalstreiks sind die meisten Geschäfte heute geschlossen. Die Zeitungen erscheinen nicht.

Streik der Elektrizitätsarbeiter in Berlin.

Berlin, 21. Januar. Die Arbeiter des städtischen Elektrizitätswerkes in Berlin sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Verhandlungen endeten zunächst mit dem Vorschlag der Arbeitervertreter, die Angelegenheit dem Einigungsamte des Gewerbegerichts zu unterbreiten. Nachdem der Magistrat diesem Vorschlag zugestimmt hatte, erklärte die Arbeitervertreter, daß sich die Arbeiterschaft mit dem Anruf des Einigungsamtes nicht einverstanden erklärte, vielmehr auf restlose Bewilligung ihrer Forderungen beharren müßten. Dem Magistrat war es aber nicht möglich, die Forderungen, die teilweise auf eine Erhöhung der bisher gezahlten Löhne um über 60 Prozent hinausgehen, zu bewilligen.

Berlin, 21. Januar. Die Arbeiter der Berliner Elektrizitätswerke sind in den Ausstand getreten. Infolgedessen ist die Große Berliner Straßenbahn genötigt, den Betrieb einzustellen. Eine größere Anzahl von Waggons ist auf den Strecken stehen geblieben. Es ist zu befürchten, daß Berlin heute teilweise ohne elektrisches Licht sein wird.

Wegen des Elektrizitätsstreiks konnte das amtliche Wahlergebnis im Reichsamt des Inneren, dessen Diensträume ohne Licht sind, noch nicht festgestellt werden. Es kann zurzeit noch nicht mit Bestimmtheit gesagt werden, wann die Zusammenstellung fertig sein wird.

Die Folgen des Streiks in dem Berliner Elektrizitätswerke sind, wie das „Berliner Tageblatt“ sagt, tief eingreifend. Schon gestern abend mußte ein großer Teil der Gasthäuser und Vergnügungsorte seine Pforten schließen. Die öffentliche Sicherheit war im höchsten Maße gefährdet. Durch die Einstellung des Straßenbahnverkehrs konnten Tausende von Menschen ihre oft fern gelegenen Wohnungen nur mühsam erreichen, selbst die Feuerwehren waren ohne Licht. Der Telefon- und Telegraphenverkehr war vielfach unterbrochen.

Wiederaufnahme der Arbeit in Berlin.

Berlin, 21. Januar. Nach achttündiger Beratung verfaßte gestern abend 6 Uhr Magistratsrat von Schulz den Spruch des Einigungsamtes des Gewerbegerichts in Sachen des Streiks der städtischen Elektrizitätsarbeiter. Diese hatten sich mit den Lohnfragen einverstanden erklärt, die im allgemeinen um 20 Pf. hinter ihren Forderungen zurückblieben. Die Vertreter beider Parteien erklärten sich mit den Vergleichsvorschlägen einverstanden. Der Obmann der Arbeiterkommission traf hierauf Anordnungen für die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit.

Einem Mitarbeiter des „Vorwärts“ wird an amtlicher Stelle mitgeteilt, daß die wirtschaftliche Situation sich sehr verschlechtert habe. Der Mittelpunkt der Krise sei die Kohlennot. Trotzdem der Streik bei den städtischen Elektrizitätswerken die Kohlenvorräte etwas gestreckt hat, droht doch in wenigen Tagen eine völlige Stilllegung nicht nur dieser Betriebe, sondern auch aller anderen auf Brennstoffen angewiesenen Betriebe. Die Krise droht gleichzeitig in den verschiedenen Gegenden Deutschlands einzutreten. Sogar in den Bergwerksrevieren fehlt es

er wollte gleich mit nach Pflessenstein und besonders zu Tante Ilse.

Ich habe ihn getröstet, denn ich hoffe sehr, daß Ihr starkes Herz sich erweichen läßt, und der Junge doch noch kommen darf.

Vater ging ganz verstört umher, — er war, wie er sagte, am Ende seiner Weisheit.

Ich merke wohl, wie ihn die furchtbare Angst foltert, auch Achim könnte wie Rudi sterben.

Eines Abends sah ich mit Vater wieder an Achims Lager, der zum Kummer des Arztes und der Pflegerin wieder in hohem Fieber lag und wirres Zeug durcheinander redete.

Vater sahte nach Achims Hand, aber er stieß sie wild zurück:

„Ihr sollt mich nicht nicht knebeln!“ schrie er. „Es ist nicht wahr, ich liebe Ilse gar nicht, die Leidenschaft verblendet mich — die Erinnerung hat mich verwirrt. Antje habe ich in den Tod geliebt. Antje soll kommen — sie soll nicht sterben. Sie soll mir sagen, daß sie mir vergibt. Ich will nur Antje! Vater hat kein Recht, mein und Antjes Leben zu morden um Ilse, die mich gar nicht liebt, nie geliebt hat.“

Ich will zu Antje. Galtet mich nicht zurück — ich muß! ich muß!“

Ehe wir es hindern konnten, hatte er sich den Verband abgerissen. Nur mit Mühe hielten wir ihn auf seinem Lager. Als der Arzt und die Schwester herbeieilten, wurde Achim ruhiger, und endlich schlief er erschöpft ein.

Besorgt und aufgeregert sprach Vater mit dem Arzt, der ziemlich unwirksam sagte:

„Wer ist denn eigentlich diese Antje, nach der Herr von Pflessenstein unausgesetzt ruft? Schaffen Sie das Mädchen doch endlich herbei. Vielleicht hilft das.“

an der nötigen Kohle. Die Ursache hierfür sind die zahlreichen wilden Streiks und die Sozialisierungsversuche in den Bergwerken.

Im Ruhrrevier ist gestern, wie verschiedene Blätter melden, die Zahl der streikenden Bergleute auf annähernd 8000 zurückgegangen. Ausständig sind noch Belegschaften von 12 Schächten, während auf sieben die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Mabel wieder in Berlin.

Nach dem allgemeinen Zusammenbruch des Spartakusbundes hatte der würdige Repräsentant der Sowjet-Regierung Sobelsohn alias Mabel es vorgezogen, aus Berlin zu verschwinden. Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird ist Mabel wieder aufgetaucht und hat bereits versucht, die Verbindung mit den gegenwärtig sehr verstreuten Führern der Spartakus-Bewegung wieder aufzunehmen. Mabel hat, dem Muster anderer Spartakisten folgend, keine feste Wohnung, sondern hält sich bald hier, bald dort bei Freunden, meist Russen oder Polen auf. Man hat wiederholt beobachtet, daß er in einer kleinen Villa des vornehmen Westens abzustiegen pflegt. Mabel ist neuerdings sehr mißtraulich geworden und wird von einem russischen Arzt begleitet, da er fürchtet, hier vergiftet zu werden. Wahrscheinlich ist dieser Arzt der aus Wien ausgewiesene Dr. Jacob Hermann, der Vorhänger des Volksgewissens-Gerichtes in Rostau, das zahllose „Verdächtige“ hingschlachtet hat.

Die preussischen Prinzen.

Die Söhne des früheren Kaiserpaars haben sich alle bis auf Prinz Adalbert entschlossen, ihren Wohnsitz in Potsdam zu behalten. Auch Prinz August Wilhelm, der zum Landrat in Neuruppin ausersehen war, wird diesen Posten nicht antreten und wieder nach Potsdam überziehen. Die frühere Kronprinzessin behält ihr Landhaus am Jungfernssee zum dauernden Aufenthalt bei. Inwiefern die Prinzen militärisch verwendet werden sollen, steht noch nicht fest. Prinz Friedrich Leopold Vater ist mit der Familie für einige Zeit zu seinem jüngsten Sohn nach München übergesiedelt.

Haftbefehl gegen den Führer der Volksmarine-division.

Gegen den früheren Führer der Volksmarine-division Dorenbach ist ein Haftbefehl erlassen worden. Gegen Dorenbach, der sich gegenwärtig in Johannisthal aufhalten soll, ist ein riesiges Anlagematerial zusammengebracht worden. Wie jetzt feststeht, war es Dorenbach allein gewesen, der im Auftrage Liebknechts und Rosa Luxemburgs die Vorgänge vom 23. bis 24. Dezember inszenierte, um den Sturz der Regierung herbeizuführen. — Man hat eine umfangreiche Korrespondenz zwischen Dorenbach und den beiden verstorbenen Spartakusführern aufgefunden. Vorsichtigerweise verkehrten Liebknecht und Rosa Luxemburg nur schriftlich mit Dorenbach, indem sie sich eines Schlüssels in den Briefen bedienten. Der Matrosenaufstand im Dezember v. J. ist von Dorenbach mit Hilfe eines gefälschten Dokuments künstlich erzeugt worden. Dorenbach hat Unterschriften glatt gefälscht, um die Matrosen gegen Weis aufzureizen. Als ihn der Boden unter den Füßen zu heiß wurde, hat er auch der Divisionskasse Geldbeträge herausgenommen.

Ludendorffs Verbannung.

Eine Berliner Korrespondenz veröffentlicht folgende Zuschrift: „Von gutunterrichteter Seite“, die sich gegen den Vorwurf wendet, Ludendorff sei aus Feigheit geflohen, wird uns geschrieben: „Bei Ausbruch der Revolution hat General Ludendorff, unbeschadet seiner politischen Anschauungen, sich sofort, ebenso wie Hindenburg, der neuen Regierung zur Verfügung gestellt und ist zu diesem Zwecke nach Berlin gereist. In Berlin ist Ludendorff aber bald zu der Erkenntnis gekommen, daß die neue Regierung auf seine Dienste verzichte. Ludendorff hatte sich zur Weiterarbeit verpflichtet unter der Bedingung, daß er im Interesse seiner Gastgeber vor Angriffen des Pöbels geschützt werde. Diesen

„Ausgeschlossen,“ knurrte Vater. „Das ist ganz unmöglich, Herr Doktor, das kann ich nicht.“

„Na, dann müssen wir uns eben auf alles gefaßt machen,“ antwortete der Arzt. „Es wäre vielleicht eine Möglichkeit gewesen, eine Änderung zum Besseren herbeizuführen. Natürlich nur eine Möglichkeit.“

Damit ließ er uns stehen.

Ich hatte furchtbare Angst. Achim sah wie ein Toter aus, und Watting war ganz außer sich. Einen Tag lang kämpfte noch Watting mit sich, dann aber sagte er zu mir und Ilse, die wir nicht gewagt hatten, auch nur ein einziges Wort zu dem Vorschlag des Arztes zu äußern:

„Damit ihr es wißt, ich hole sie jetzt, Antje nämlich! Es ist die größte Blamage meines Lebens, und das Mabel wäre ja ein Schafskopf, wenn sie mir folgte. Aber sterben soll der Junge nicht, weil er solch einen Döskopf von Vater hat.“

War das nicht goldig von Vater?

Ilse und ich umarmten ihn stürmisch. Wie ein Schloßhund hätte ich heulen können, denn Watting tat mir so leid. Seine ganze innerste Natur mußte er umkrempeln. Noch nie in seinem Leben hatte er nachgegeben.

In der Nacht reiste er nach Hause, und kaum war er aufgebrochen, da klappte Ilse ganz zusammen. Ich war ratlos und telephonierte sofort an Tante Katinka, die auch gleich kam.

„Mabel muß Achim doch sehr lieb haben,“ sagte ich schließlich zu der Tante, obgleich ich immer etwas ganz anderes gedacht habe, „daß sie jetzt, wo es sich entscheiden muß, ob sie oder Antje zu Achim gehört, zusammenbricht.“

„Gott segne deinen Verstand, Kind,“ sagte Tante Katinka. „Ne, ne, mein kleines Dummchen, bei Achim von Pflessenstein wurzeln Ilse's Wünsche nicht.“

(Fortsetzung folgt.)

Schutz hat die Regierung nicht zusichern können oder nicht wollen. Bei seiner Anwesenheit in Berlin ist Ludendorff wiederholt gewarnt worden, sich nicht öffentlich zu zeigen, da Anschläge auf ihn geplant seien.

Deutschfreundliche Kundgebungen im Elsaß.

München, 22. Januar. Vom Ausschuß der alß-Lothringischen autonomistischen Partei geht uns folgende Darstellung der Verhältnisse in Elsaß-Lothringen zu: Der Umschwung in Elsaß-Lothringen, den wir schon lange sehen, ist eingetreten. Wir erhalten aus Mülhausen im Elsaß, der Hochburg des Franzosentums, folgenden Bericht: Am Montag bildete sich in Mülhausen ein Demonstrationsszug, meistens von Arbeitern, die mit schwarzweißroten Fahnen durch die Stadt zogen.

München, Bamberger Hof, den 22. Januar 1919.

Der Ausschuß der autonomistischen Partei. Graf Charles Rapp. René Cleyment.

Arbeit und Arbeitslosenunterstützung.

Um dem Mangel an Arbeitskräften in wichtigen Zweigen unserer Volkswirtschaft bei gleichzeitig täglich wachsender Zahl der Arbeitslosen in den Städten zu steuern, ist von dem Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung am 15. Januar eine Abänderung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 13. November 1913 erlassen worden. Dabei sind die folgenden Gesichtspunkte maßgebend gewesen: 1. Die Verpflichtung der Erwerbslosen, eine Arbeit anzunehmen, die ihm nach seinen Körperkräften zugemutet werden kann, und für die angemessener ortsüblicher Lohn gewährt wird, muß durchgesetzt werden.

Gewaltmaßregeln des hannoverschen Zentralrats gegen die Geistlichen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat, Zentralrat für die Provinz Hannover, hat an das Landeskonsistorium Hannover wie er schreibt, zur Verhütung politischer Propaganda durch die Geistlichen während des Gottesdienstes - unter dem 14. Januar 1919 folgende Verfügung erlassen: 1. Jedem Geistlichen ist es verboten, während des Gottesdienstes oder im Anschluß daran sich in irgendeiner Form politisch zu betätigen.

Hindenburg an die Ostdeutschen.

Berlin, 21. Januar. Der „Lokalanzeiger“ meldet aus Danzig: Auf die Bitte des Danziger Magistrats an Hindenburg, Danzig und die Provinz Westpreußen dem Vaterlande zu erhalten, ist folgende Antwort eingegangen: Ich bestätige Ihnen gern, daß von mir aus alles gefehlet soll, um zu verhindern, daß die Stadt Danzig vom Deutschen Reiche losgelöst wird.

Gesefche mit den Polen.

Bromberg, 21. Januar. Amtlich wird gemeldet: Das Inf.-Regt. 14 nahm gestern nachmittag den Bahnhof Rehwald, Jamosch und Lure. Angriffe polnischer Banden am 20. Januar abends gegen Hopfegarten hatten anfangs Erfolge. Der Panzerzug vertrieb nachts die Polen aus Hopfegarten, erbeutete 3 Maschinengewehre und machte neun Gefangene.

Aus dem Ausland

Die Vortriebs-Konferenz.

Der „Temps“ veröffentlicht die Verhandlungsordnung der Konferenz.

§ 1. Die Konferenz tritt zusammen, um die Friedensbedingungen zuerst in Friedenspräliminarien, dann in einem definitiven Friedensvertrage festzulegen, und umfasst Vertreter der alliierten oder assoziierten Mächte. Die Delegierten von Amerika, Frankreich, England, Italien und Japan nehmen an allen Sitzungen teil.

§ 2 stellt nochmals die an der Konferenz beteiligten Mächte fest. § 3. Jeder Deputierte darf einen technischen Delegierten und einen Stenographen mitbringen.

§ 5 und 6 haben die Verhandlungsordnung der ersten Plenarsitzung und das Programm der folgenden Sitzungen zum Gegenstand.

§ 7 beschäftigt sich mit dem Sekretariat der Konferenz. Es hat Sitzungsprotokolle auszuarbeiten, ferner Reglements zur Durchführung der Sitzungen aufzustellen.

§ 8. Ueber die Konferenz werden amtliche Berichte veröffentlicht. Im Falle von Unstimmigkeiten ist zuerst den Bevollmächtigten Bericht zu erstatten.

§ 9. Ein Dokument oder Vorschlag kann nur von einem der Bevollmächtigten vorgelegt werden.

§ 10. Außer Fragen, die aus der Diskussion selbst hervorgehen, müssen die Vorschläge 21 Stunden vorher angemeldet werden. Ausnahmen werden nur bei Zusatzanträgen, aber nicht bei Unterstützungsanträgen gemacht.

§ 11. Petitionen und Dokumente, die von anderen Personen und nicht von den Bevollmächtigten an die Konferenz gerichtet werden, nimmt das Sekretariat in Empfang. Dieses gibt die wichtigen Anträge schriftlich an die einzelnen Delegierten weiter.

§ 12. Die Diskussion über die zu lösenden Fragen sieht eine erste und eine zweite Fassung vor. Die erste erstreckt sich auf die allgemeine Aussprache und soll zunächst eine Einigung über die grundsätzlichen Fragen herbeiführen, die zweite sieht Fragen untergeordneter Art vor.

§ 14 befaßt sich mit Protokollen und dem Sekretariat. § 15 behandelt die Schaffung des Redaktionskomitees, das Entschlüsse im Wortlaut festzusetzen hat und sie in dieser Fassung der Konferenz vorlegt.

Der „Temps“ bemerkt, daß nach den Vorschritten eine besondere Antisprache nicht vorgesehen wird. Es sind somit alle Sprachen zugelassen.

Die Vorgänge in Portugal.

London, 21. Januar. Das Reutersche Bureau meldet aus Madrid: Die spanische Regierung erhielt Nachrichten aus Portugal, die besagen, daß die monarchische Bewegung in Nordportugal den Sieg davongetragen hat. In Oporto wurde eine neue Regierung gebildet. Wie verlautet, wurde Manuel zum König ausgerufen. Es heißt, daß Lissabon sich der Bewegung angeschlossen habe.

Erfolge der Esten.

Die estnischen Truppen, vereinigt mit dem freiwilligen finnischen Bataillon, haben Narwa erobert und dabei große Kriegsbeute an Artillerie, Troß, Panzerzügen, Stäben und zahlreiche Gefangene gemacht.

Petersburg von Trozki aufgegeben.

Laut „Berliner Lokalanzeiger“ aus Stockholm wurde nach Mitteilung der estnischen Regierung ein Telegramm an Trozki aufgegeben, worin die Aufgabe Petersburgs angeordnet wird. In Petersburg streifen 60 000 Arbeiter, die von chinesischen Bataillonen beschossen werden.

Die Wahlbewegung in Sachsen.

Zentrumspartei Ostsachsen.

Dresden, 23. Januar. Gestern nachmittag fand eine erweiterte, aus allen Teilen des Wahlkreises Ostsachsen bestehende Vorstandssitzung statt, zu der auch eine Reihe unserer Kandidaten, u. a. Herr Prälat Skala-Bautzen, erschienen waren. Die Verhandlungen beschäftigten sich vor

allein mit den bevorstehenden Wahlen zur sächsischen Volkshammer.

Abends fand dann im großen Saale des katholischen Gesellschaftshauses eine gut besuchte Mitgliebertagung der Zentrumspartei statt. In seiner Eröffnungsansprache wies der Vorsitzende Herr A. Schmidt besonders darauf hin, daß die Zahl der Zentrumsoffiziere in Sachsen in den letzten Wochen von 6 auf 22 gestiegen sei. Zuerst sprach Herr Rechtsanwält Dr. Hille über „Pflichten der Zentrumswähler in der Gegenwart.“ Er betonte, daß das Ansehen der Zentrumstimmen in Sachsen als ein großer Erfolg zu buchen sei.

Aus Stadt und Land

Dresden, 23. Januar 1919.

Neue Verkehrsbeschränkungen.

Obwohl der Verkehr der Personen- und Schnellzüge schon bisher zum Nachteil aller, die auf die Benutzung der Eisenbahn angewiesen sind, überaus stark eingeschränkt worden war, so sieht sich die Staatseisenbahndirektion doch gezwungen, abermals mit weiteren empfindlichen Einschränkungen im Personen- und Schnellzugverkehr vorzugehen. Sie treten bereits am 23. d. Mts. in Kraft.

Das Ortsgesetz über den öffentlichen Wohnungsnachweis der Stadt Dresden vom 18. Juli 1918 soll mit Rücksicht auf die durch den Wohnungsmangel notwendigen Maßnahmen dahin abgeändert werden, daß die Meldepflicht von sieben auf drei Tage herabgesetzt wird und der Meldepflicht alle Wohnungen ohne Beschränkung auf einen bestimmten Jahresmietwert, alle leeren oder möblierten Zimmer und Schlafstellen sowie alle Gewerbe- und Geschäftsräume, Läden und Werkstätten, auch wenn sie nicht mit Wohnungen verbunden sind, unterliegen.

Zum Bau für Kleinwohnungshäuser hat die Stadt Dresden bekanntlich ein großes Areal erworben. Von diesem Areal sollen nach einem Beschlusse in der letzten Ratssitzung 152 000 Quadratmeter auf 90 Jahre im Gebauungsrecht an den Bauverein „Gartenheim“ vergeben werden.

Für die aus dem Heeresdienste zurückkehrenden früheren Schüler der neunklassigen höheren Lehranstalten sollen alsbald Sonderlehrgänge eingerichtet werden. Das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts hat die Angelegenheit durch eine Verordnung vom 31. Dezember 1918 geregelt.

Der Ausbau und die Erweiterung der Brunnenanlage auf den Tolkewitz-Laubgaster Elbwiesen, die bekanntlich zum Tolkewitzer Wasserwerk gehört und für deren Ausbau 335 000 Mk. bewilligt waren, wurde in der

Letzten Ratssitzung mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für dringend erklärt.

Die Nationalversammlung ist bekanntlich nach einer Mitteilung des Ministers Dr. Gradnauer in der vorgestrigen Sitzung des Landestages der A- und S-Räte nach Dresden eingeladen worden.

Essentielle unentgeltliche Schutzimpfungen finden, da immer wieder Podenerkrankungen eintreten bis auf weiteres für Dresdner Einwohner beiderlei Geschlechts an folgenden Stellen statt:

Der Arbeiter- und Soldatenrat Groß-Dresden hielt Mittwoch abend im Stäubeuhause eine Sitzung ab, in der die drei Vertreter der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei ihren Austritt erklärten und der Antrag angenommen wurde, daß

das aus aktiven Unteroffizieren bestehende Regiment „Ordunn“ mit dem 20. Januar aufgelöst ist.

Offener Brief an Herrn Volksbeauftragten im Kultusministerium Wilhelm Voß

Herr Volksbeauftragter!

Sie haben in einem Presseausflug kirchliche Kreise auf dem Kriegspfade, der richtiger überschrieben sein sollte: kirchliche Kreise auf dem Verteidigungspfade, zum Beleg Ihrer wohlwollenden Gesinnung gegen die Kirche u. a. auch auf den Zeitungsartikeln hingewiesen, in dem die unterzeichneten Führer der Deputation der beiden sozialen Gruppen der Landeskirche das Ergebnis der Besprechung mit Ihnen zusammengefaßt hatten und der anerkannt, daß wir bei Ihnen Besonnenheit in den Trennungsfragen und Verständnis für die berechtigten Interessen der Kirche bemerkt zu haben glaubten.

Nach dem, was inzwischen geschehen ist, können wir diese günstige Meinung nicht aufrechterhalten. Sie haben durch diktatorische Verordnungen unter Ausschaltung der gesetzlichen Instanzen bestehende kirchliche Rechte verlegt und durch die Trennung von Kirche und Schule entscheidende Schritte zur Trennung von Kirche und Staat getan, bevor durch das Zulassentreten der Landesversammlung eine feste Fundamentierung des Staates erfolgt ist.

Daß nach Ihren Verordnungen Kinder von Dissidenten vom Religionsunterricht befreit werden können, berührt die Kirche nicht. Auch wir wünschen, daß in religiöser Hinsicht kein Zwang ausgeübt wird.

Auch in der Aufhebung der gesetzlichen geistlichen Ortsschulaufsicht würden wir an sich keine kirchenfeindliche Maß-

nahme sehen, da auf kirchlicher Seite diese Aufhebung wiederholt als wünschenswert bezeichnet oder zum mindesten die Reformbedürftigkeit der bestehenden Ordnung anerkannt worden ist.

Eine direkt feindselige Gesinnung gegen die Kirche liegt in Ihren neuesten Verordnungen. Sie haben unter Bruch des Schulgesetzes die Zahl der Religionsstunden um die Hälfte verfürzt und mitten im Schuljahr den Katechismusunterricht beseitigt.

Als Vorkämpfer eines sozialistischen Idealismus werden Sie Verständnis dafür haben, daß auch unser Kirchenvolk den Kampf für seine Ideale aufnimmt. Wir wollen unter jeder Staatsform ein christliches Volk bleiben und werden, wenn es gilt, dafür mit allen Kräften zu kämpfen entschlossen.

Bei dem Unterzeichneten gingen ein: Für die armen Kinder im Erzgebirge von Frau Förster 10 M., von Frau Gerber 2 M., von Ungenannt 1 M.

Quittung

Für den Konfessionsverein von A. R. aus Freiberg 10 M. Geißler, Kirchenrat.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptredakteur Paul Klein; für den Anzeigenteil: Edwin Schön, Druck und Verlag der „Saxonia-Verlagsdruckerei G. m. b. H.“ zu Dresden.



Kreuzfixe, einfache und künstlerisch geschnitten.

Religiöse Bilder, mit und ohne Rahmen.

Rosenkränze, billige u. feinste Ausführung.

Weihwasserbecken, Porzellan, Zinn, Silber mit Glaseinsatz.

Gebet- und Erbauungsbücher, gute christliche Lektüre.

Bitte um Beachtung meiner Schaufenster!

Hof. Heinrich Trümper Dresden, Ecke Sporer- u. Schössergasse 25.



Sohn achtb. Eltern, welcher das Goldschmiedehandwerk erlernen will, findet bei angemeßener Entschädigung und gewissh. Ausbildung Lehrstelle bei Karl Fröschner

Juwelier u. Goldschmiedemstr. Vorposten 1. Werkst. Moritzstraße 8 III.



Verlobungs-Verählungs-Vollentkarten liefert schnell u. preiswert Saxonia-Verlagsdruckerei G. m. b. H. Dresden-A., Holbeinstraße 46.

Kaufmannslehrling

Sohn achtb. Eltern, der möglichst Stenographie und Schreibmaschine kann, für Ostern 1919 gesucht. Ang. unter O. O. 4261 an die Geschäftsst. d. Stg. erbeten

THEATER-

Stücke und Coupletts für alle Gelegenheiten. Mit Auswahlsendung keine geringen Kataloge gratis und franko.

Bernhard Kleine, Paderborn.

Gute markenfreie Suppen, Pf. 2,70 bis 8,40 Pf. bei Edmann, Völkersstr. 22.

Wassermeister f. Wößler Spittastraße 4 aus dem Felde zurück. Ausführ. aller Wasserarbeiten.

Deutsche Volkspartei.

Große öffentliche Wählerversammlung

Sonnabend, den 25. Januar 1919, nachmittags 1/4 4 Uhr im großen Saale der Dresdner Kaufmannschaft.

Redner: Geh. Rat Dr. Conrad Niethammer.

Anschließend: Freie Aussprache.

Unsere Liste beginnt mit dem Namen Blüher.

Jedermann ist dringend eingeladen.

Dresdner Reichsverein der Deutschen Volkspartei.

Ich habe meine Kanzlei nach Waisenhausstraße 22, I Fernsprecher 13 419 und 13 719

vorlegt und mich mit Herrn Rechtsanwalt Dr. Kurt Arnold zur gemeinsamen Ausübung der Anwaltspraxis verbunden.

Rechtsanwalt Dr. Heinrich Hoffmann.

Ich bin zugelassen zur Anwaltschaft beim Landgericht Dresden und den Amtsgerichten und betriebe die Anwaltspraxis gemeinsam mit Herrn Rechtsanwalt Dr. Heinrich Hoffmann in Dresden, Waisenhausstr. 22 I

Fernsprechernummern 13 419 und 13 719.

Rechtsanwalt Dr. Kurt Arnold.

Maciejewski, Dentist Räcknitzstraße 16, I, Ecke Moczinskystraße Sprechstunden 9-1, 3-5. Fernsprecher 10616. Zahnoperationen für Unbemittelte unentgeltlich!

Achtung! Händler Geschäfte Wiederverkäufer Erdal-Schuhcreme wieder eingetroffen, Lederschnürsenkel in Ware (Militärsenkel) staunend billig. Vaseline-Lederfett Waschpaste. Georg Schmidt, Dresden-A., Serrestr. 10, I.

Dresdener Lehranstalt für Musik Direktor Organist Paul Walde Dresden-Neustadt Holbeinstraße 27 Pächter für alle Zweige der Tonkunst für Horn und Bass

Stadt-Café am Zwinger und Postplatz Inhaber: O. Hofmann

Die deutschen Katholiken und die neue Zeit.

Vortragskizzen

im Auftrage des Aktionskomitees des kat. Klerus zu Dresden herausgegeben von Dr. J. Mogwer, Dr. W. Otto und Dr. F. X. Seppelt.

Bisher sind erschienen: Heft 1: Die deutschen Katholiken und die neue Zeit. Von Dr. Otto.

Heft 2: Das Problem der Trennung von Staat und Kirche und die Stellung der deutschen Katholiken zu demselben. Von Professor Dr. F. X. Seppelt.

Heft 3: Trennung von Schule und Kirche? Von Dr. Regner.

Heft 4: Vorsehung und Völkergeschicksale. Von P. Otto Gehaus S. J.

Heft 5/6: Grundrissliches zum Programm des Zentrums als einer christlich-demokratischen Volkspartei. Von Dr. G. Schlemann.

Heft 7: Freiheit für unsere Orden. Von Konfessionsrat Dr. Oskar Pollat.

Preis jeden Heftes 50 Pf., portofrei zugesandt 65 Pf., des Doppelheftes 9/8 1 Mk., portofrei 1 Mk. 10 Pf.

Sämtliche Hefte sind durch die Geschäftsstelle der „Sächs. Volkszeitung“ zu beziehen u. bitten wir um Bestellung nach Holbeinstr. 46.

Zum Unterrichten in Küche und Haushalt

Wädchen zum 1. Februar gesucht.

Frau Staatsanwalt Wagener, Glasstr. 22 III.

Aus Anlaß unserer Goldenen Hochzeit sind uns von nah und fern überaus zahlreich ehrsche Beweise der Liebe und Freundschaft zu teil geworden. Allen lieben Verwandten und Bekannten, Freunden und Bekannten sagen wir hierdurch unseren innigsten, tiefgefühltesten Dank. Plauenberg 8. Oststr., den 24. Januar 1919. Eduard Heidrich und Fran Franziska.

Katholischer Frauenbund.

Montag, den 27. Januar, abends 7 Uhr im kat. Gefellenhaus, H. grüner Saal, Erdgesch.

Mitgliederversammlung

Bericht über die Wahlarbeit.

Vortrag: Der katholische Frauenbund innerhalb der Frauenbewegung. Fr. Schrick.

Um zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder, sowie der Delegierten und Helferinnen wird dringend gebeten.

Fleisch-Angabe an die verehrl. Kundschaft erfolgt bis auf weiteres nur Sonnabends. Neue Markenmeldungen rechtzeitig erbeten.

Carl Mertzsching Dresden, Wittenberger Str. 79

Ar. I... Fr... W... 2.5... 1.40... 2.00... 2.00... 2.00... der... liche... Au... trums... für un... Forder... 1. Wi... auf... 2. Wi... Be... Se... und... 3. Wi... für... kur... bin... dar... Im... ste... un... bil... 4. De... an... sch... 5. Wi... für... die... twe... kul... un... reg... 6. Wi... fit... tif... Re... 7. Wi... ita... Ge... ab... 8. Wi... be... Ri... un... un... ne... 9. Kauf... sprache... finden... Später... schiener... diger... Kongreß... historisch... fielen... wenig... Staats... anfang